

Zusammenfassung der Podiumsdiskussion vom 27.9.2010
„Europas Energiesicherheit und die Rolle der Türkei als
Energiebrücke“

im Rahmen der Veranstaltungsreihe:

„ÖSTERREICH REDET 2010“

von Michael Raab

Begrüßungsreden:

DI Seyit Arslan (ZAMAN Österreich)

Prof. Dr. Otmar Höll (oiip)

Eröffnungsrede:

SE Kadri Ecvet Tezcan (türk. Botschafter in
Wien)

Vortragende:

Dr. Cengiz Günay (oiip)

Mag. Michael Löwy (Direktor Internationale Beziehungen/Industriellenvereinigung)

Dr. Ulrike Lunacek (MEP)

Reinhard Mitschek (Geschäftsführer nabucco)

Mag. Bernhard Raberger, LL.M., M.Sc. (Vice Chairman EnerjiSA/Verbund)

Dr. Hannes Swoboda (MEP)

Moderation:

Dr. Valeria Heuberger

Veranstaltungsort: Haus der Industrie - Festsaal. Schwarzenbergplatz 4 1030 Wien

Teilnehmerzahl: ca. 200

Dauer: von 18.00 bis 20.30

Diese Veranstaltung fand in Kooperation mit der Industriellenvereinigung sowie der internationalen Tageszeitung *Zaman* statt, die seit 2008 in deutscher und türkischer Sprache in Österreich wöchentlich etwa 20.000 LeserInnen erreicht.

„Österreich redet 2010“ beschäftigte sich mit dem Thema „Europas Energiesicherheit und die Rolle der Türkei als Energiebrücke“. Thematisiert wurden dabei die außenpolitische Entwicklung der Türkei der letzten Jahre, im Besonderen vor dem Hintergrund der Verleihung des Status eines offiziellen EU-Beitrittskandidaten; die Rolle der Türkei als mögliche Energiedrehscheibe zwischen Zentralasien, dem Nahen Osten und Europa; das Potential der Türkei als wichtiger Markt für Europa sowie die Notwendigkeit der Diversifikation europäischer Energiezulieferer.

Eröffnet wurde das Podium durch den türkischen Botschafter in Wien, **SE Kadri Ecvet Tezcan**. Dieser unterstrich die Wichtigkeit einer nachhaltigen Energieversorgung für die Türkei, aber auch für Europa und spezifizierte in weiterer Folge die türkischen Prioritäten in der Energiepolitik. Diese lägen erstens darin, die Abhängigkeit der Türkei von einzelnen Staaten zu verringern, zweitens bei der Energieproduktion verstärkt auf heimische Ressourcen zu setzen, drittens Nachhaltigkeit in der Energieversorgung zu fördern sowie viertens den öffentlichen Interessen und Konsumentenbedürfnissen verstärkt Rechnung zu tragen. Außerdem wies er auf die strategische Lage der Türkei als Energiedrehscheibe zwischen Europa und Zentralasien hin. Als zentrales Argument für Projekte wie „Nabucco“ identifizierte Tezcan die derzeitige Abhängigkeit der EU von Gaslieferungen aus Russland. In der Diversifikation von Energieressourcen ortete der Botschafter fruchtbares Potential für türkisch-europäische Kooperationen.

Als erster Redner des Podiums erörterte **Dr. Cengiz Günay** die veränderte türkische Haltung in der Außenpolitik. Um das Verständnis für das Land zu verbessern sei es notwendig, die jüngere Geschichte der Türkei zu betrachten. Als NATO-Mitglied fungierte die Türkei während des kalten Krieges als „Außenposten“ der westlich-kapitalistischen Welt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion musste dieses Selbstbild neu überdacht werden und die Türkei begann mit beschränktem Erfolg, sich als Akteur in Zentralasien und am Balkan zu engagieren. Seit den 90er Jahren des vorhergehenden Jahrhunderts seien vor allem drei Aspekte in der türkischen Außenpolitik von zentraler Bedeutung: Erstens die Europäisierung der türkischen Außenpolitik, zweitens die geostrategische Lage zwischen Europa und Asien und drittens die Neuorientierung an historischen Einflusszonen. Die Gewährung des Beitrittskandidatenstatus fungierte als Reformmotor und führte zu einer massiven Transformation von Akteuren und Institutionen. Die Türkei sei nach Ansicht Günays heute eine lebendige Demokratie mit einem Mehrparteiensystem und einer diversifizierten Medienlandschaft. Des Weiteren sei eine Übernahme europäischer Normen und Werte in das Außenpolitikkonzept der Türkei zu beobachten und eine deutliche Entwicklung von einer ehemals hard-power hin zu einer soft-power zu konstatieren. Dies äußere sich vorrangig in einer Politik der positiven Einflussnahme sowie in einer „zero-problem-strategy“, die sich vor allem bei Mikrokrise in der Region bereits bewährt habe (Irak, Syrien). Mit dieser Entwicklung würden auch die Bemühungen der Türkei einhergehen, sich als wichtige Energiedrehscheibe zwischen der EU und Zentralasien zu positionieren sowie der eigenen Abhängigkeit von Erdgaslieferungen aus Russland durch Diversifikation entgegen zu wirken. Als

problematisch erwiesen sich dabei jedoch die stockenden Beitrittsverhandlungen mit der EU, da jedwede bilaterale Kooperation schnell Gefahr lief, politisiert zu werden. Daher plädierte Günay für ein klares Zeichen Europas zu einem Vollbeitritt der Türkei.

Dr. Hannes Swoboda befasste sich in seinem Beitrag vorrangig mit der Möglichkeit eines EU-Beitritts der Türkei und verwies dabei auf die rückläufige Zahl an Beitrittsbefürwortern, sowohl innerhalb der EU als auch in der Türkei selbst. Aus seiner Sicht gäbe es aus verschiedenen Gründen keine politische Möglichkeit zu einem Beitritt in den nächsten Jahren. Auch wenn ein Vollmitglied Türkei für die EU prinzipiell von Vorteil wäre, setze eine solche Mitgliedschaft voraus, dass das derzeit vorherrschende System eines intergouvernementalen Europas, also ein Europa der Nationalstaaten, einem gemeinschaftlichen Europa weicht. Des Weiteren bekundete Swoboda seine Unterstützung für die neue Verfassung der Türkei, bemerkte aber, dass diese nur einen Schritt in die richtige Richtung darstelle und vor der Türkei noch zahlreiche Herausforderungen liegen würden. Eine davon sei die unterschiedliche Akzeptanz der umfassenden Reformvorhaben in den einzelnen Regionen und die damit verbundenen lokalen und regionalen Schwierigkeiten bei der Umsetzung ehrgeiziger Ziele. Die türkische Außenpolitik charakterisierte er weniger als Neo-Ottomanisch denn vielmehr als Neo-Not-Allied und konstatierte damit der Türkei eine Tendenz zu einer (neu gefundenen) politischen Unabhängigkeit. Auch wenn Swoboda dies prinzipiell positiv bewertete, sah er trotzdem die Notwendigkeit einer Kooperation und Koordinierung der türkischen Außenpolitik mit der europäischen, da sonst beide Akteure rasch an ihre Grenzen stoßen würden, wie im Nahen Osten oder Aserbaidschan zu sehen war. Abschließend plädierte Swoboda auch im Hinblick auf die Energiepolitik der Türkei und der EU für ergänzende Konzepte der Zusammenarbeit abseits eines derzeit unwahrscheinlichen Vollbeitritts der Türkei in die EU. Gerade im Energiesektor böten sich Möglichkeiten der Annäherung und Kooperation, welche speziell im Zusammenhang der Diversifizierung der Energieressourcen und Transportwege von zentraler Bedeutung für beide Akteure wären um der Abhängigkeit von Russland, im Besonderen im Bereich Erdgas, entgegen zu wirken. Swoboda beendete seinen Beitrag mit dem Hinweis, dass es wenig zielführend wäre, die Kooperation mit der Türkei auf Fragen der Immigration oder der Religion zu reduzieren und hielt fest, dass die EU und die Türkei gemeinsam viel erreichen könnten.

Reinhard Mitschek; Geschäftsführer der Nabucco Errichtungsgesellschaft¹ erläuterte, welche Bedeutung die Nabucco Pipeline für Europa, aber auch für die Türkei hätte und weshalb dieses Projekt aus seiner Sicht eine win-win Situation zwischen allen beteiligten Akteuren herstellen könnte. Da die Türkei aufgrund fehlender Vorkommen im Inland Erdgas nahezu ausschließlich importieren müsse, pendle der türkische Gasmarkt zyklisch zwischen Überschüssen und Engpässen. Eine Verbindung zwischen dem europäischen und dem zentralasiatischen Gasmarkt

¹Teilhaber: Botas, die Bulgarische Energie Holding, Mol, OMV, RWE und Transgaz

ließe diese beiden Märkte miteinander kommunizieren und könne damit diese Zyklen abschwächen. Des Weiteren würde zwar die durch Nabucco geförderte Menge Gas (voraussichtlich 30.Mrd m³ pro Jahr) selbst die Märkte in Europa nicht signifikant verändern, jedoch die Möglichkeit zur Diversifikation der europäischen Gasimporte ermöglichen. Hinzu kämen positive Effekte auf die lokale Wirtschaft und Infrastruktur durch den Bau der Pipeline, die auf Zulieferaufträgen basierten. Außerdem stehe der steigende Verbrauch in Europa einem zurückgehenden Fördervolumen innerhalb der EU gegenüber, woraus zwangsweise eine höhere Importquote resultieren müsse. Unterstrichen wurden einerseits jüngste Erfolge bei den internationalen Bewilligungsverfahren und zwischenstaatlichen Verhandlungen mit den Nabucco-Staaten als auch die vor kurzem fixierte Finanzierung, die nach dem Wunsch Mitscheks bald in konkrete Bauarbeiten münden solle.

Dr. Ulrike Lunacek plädierte dafür, den Beitrittsprozess der Türkei weiterhin mit dem Ziel eines Vollbeitritts voran zu treiben, da durch diesen Entwicklungsgang bereits zahlreiche Verbesserungen in der Türkei durchgesetzt werden konnten. Daher sollte dieser Reformmotor nicht unterbunden werden, auch wenn dieser Vollbeitritt in absehbarer Zeit als nicht realistisch erschiene. Unter Bezugnahme auf ihren Vorredner Swoboda unterstrich auch sie die Notwendigkeit weiterer umfangreicher Reformen sowohl in der Türkei als auch in Europa, da ein Europa auch ohne Türkei durch intergouvernementale Tendenzen zu scheitern drohe. Des Weiteren verwies sie auf die bedeutende potentielle Vorbildfunktion der Türkei als säkularer demokratischer Staat mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung in der Region. Ebenso wie Yildiz sah auch sie die zukünftige Energiesicherheit sowohl für die EU als auch für die Türkei als zentrales Thema, wobei sie jedoch den Schwerpunkt in eine andere Richtung legte. Die entscheidende Front für die Energiesicherheit in Europa läge nämlich innerhalb der Grenzen der Union. Allein die Sanierung aller Häuser in Europa nach dem aktuellen Stand der Technik würde mehr Erdgas einsparen als Nabucco, Southstream und Northstream gemeinsam liefern könnten. Daher forderte sie neben Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz auch den Ausbau alternativer Energieträger. Auch wenn Lunacek aus außenpolitischer Sicht prinzipiell die Schaffung von Alternativen zu Lieferungen aus Russland begrüßte, bemängelte sie am Nabucco Projekt die Kooperation mit Staaten, die sich durch zumindest fragwürdige demokratische Verhältnisse auszeichneten (z.B. Turkmenistan, Aserbaidshan, Irak, Iran) und in denen instabile Sicherheitslagen vorherrschten. Besonders im Bezug auf die Gefahr von Abhängigkeitsverhältnissen zu potentiellen Krisenregionen verwies sie auf die Bedeutung alternativer Energiequellen. Wahre Energieunabhängigkeit resultiere Lunacek zufolge allein aus alternativen Energieträgern und Effizienzsteigerungen.

Mag. Michael Löwy lieferte einen kurzen Abriss der Geschichte von größeren österreichischen Investitionen in der Türkei und identifizierte die Türkei aufgrund ihres überdurchschnittlichem Wirtschaftswachstums und ihrer wirtschaftlichen Stabilität als wichtigsten Zukunftsmarkt für Österreich und die EU. Ausdrücklich mahnte er auch in Zeiten des Wahlkampfs eine ausgeprägte Sensibilität im Umgang

mit der Türkei und türkischen ImmigrantInnen ein, da die vorherrschende Polemik die wichtigen wirtschaftlichen Beziehungen mit der Türkei nur belasten würde.

Mag. Bernhard Raberger definierte die Türkei aufgrund solider wirtschaftlicher Wachstumswahlen in Anlehnung an die Einschätzung Goldmann Sachs als das neue Wirtschaftswunder Europas, wodurch sich ein entsprechend hohes Investitionspotential ergeben würde. Als Vertreter des größten internationalen Energieanbieters in der Türkei, dem Verbund, trat Raberger einerseits für eine „Politik der kleinen Schritte“ ein, also für konkrete Verbesserungen im Rahmen eigener Gestaltungsmöglichkeiten. So bemühe sich der Verbund, die technischen Standards der lokalen Infrastruktur auf europäisches Niveau anzuheben, um tödliche Unfälle vermeiden zu können. Andererseits forderte er die Türkei auf, die nationale Vereinheitlichung regionaler Bestimmungen in den Bauordnungen, bei technischen Standards, bei der Korruptionsbekämpfung und der Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden voranzutreiben, um das erhebliche Investitionspotential effizient nutzbar zu machen. Speziell im Bezug auf Windkraft würde sich Raberger wünschen, mehr Anlagen errichten zu können, diese seien jedoch bis dato nicht bewilligt worden. Abschließend führte Raberger einige soziale Engagements an, die der Verbund im Zuge der Errichtung von Infrastruktur ebenfalls verfolge: So würden Schulen oder andere gemeinnützige Einrichtungen aufgebaut sowie im Verlauf der Bauarbeiten gemeinsam mit den lokalen Behörden neue baurechtliche Standards geschaffen.

Die Videobotschaft des verhinderten türkischen Energieministers **Taner Yildiz** verwies vor allem aufgrund des zu erwartenden überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums der Türkei auf ihren vorausschauenden Umgang mit der Energieversorgung. Der Schwerpunkt liege dabei auf der Versorgungssicherheit der türkischen Bevölkerung, die über Privatisierung und Liberalisierung gewährleistet werden solle. Dadurch werde eine überregionale Vernetzung des Energiesektors und die Entwicklung der Türkei zu einer Energiedrehscheibe in der Region erhofft. In dem Bemühen um eine Diversifikation der türkischen Gasimporte sah Yildiz kongruente Bedürfnisse der EU und der Türkei, die gemeinsam verfolgt werden könnten.

Im Zuge der Podiumsdiskussion wurde offensichtlich, welche Bedeutung eine enge Kooperation der EU mit der Türkei nicht nur für die zukünftige Energiesicherheit beider Akteure innehat. Diese Bedeutung läge sowohl im Bereich der Diversifikation der Energielieferungen und der damit verbundenen Loslösung aus dem derzeitigen Abhängigkeitsverhältnis zu Russland als auch in der Belebung der Gasmärkte durch die Verbindung zweier zur Zeit voneinander getrennter Regionen und den damit einhergehenden Effizienzsteigerungen und Preisvorteilen für den Endverbraucher durch den gesteigerten Wettbewerb. Aber auch abseits des Energiesektors, wie zum Beispiel bei gegenwärtigen oder zukünftigen Konflikten in nahegelegenen Krisenregionen wie dem Nahen Osten oder Zentralasien könnten EU und Türkei nur gemeinsam und mit aufeinander abgestimmten Strategien positiven Einfluss nehmen und sich damit zumindest ein wenig von der außenpolitischen Vormachtstellung der USA emanzipieren. Schließlich sei das wirtschaftliche Potential

der Türkei ein genauso wichtiger Motor für die europäische Wirtschaft wie konsequent geführte Beitrittsverhandlungen ein Motor für innerstaatliche Reformen in der Türkei seien. Gemeinsame Projekte wie Nabucco oder Engagements europäischer Unternehmen in der Türkei könnten hierfür eine unerlässliche Basis schaffen, welche die Politik möglicherweise nicht immer zu bilden in der Lage sei.